



gewiß ist es, daß diese Quellen nicht unerschöpflich sind, vielmehr schon im Laufe dieser Finanzperiode, wenn nicht ganz, so doch zum großen Theile versiegen müssen.

Die weiteren Beschlüsse, die das österreichische Abgeordnetenhaus am 14. December gefaßt, betreffen die Fortsetzung der Steuern und Abgaben bis Ende März 1873 und die Genehmigung des dritten Jahresbudgets der Staatsschulden-Kontroll-Commission.

Durch die Fortsetzung der Steuern haben die Abgeordneten interimistisch für die Fortführung des Staatshaushaltes gestimmt, und können dieselben, sobald sie in der am 17. December stattfindenden Sitzung den Postvertrag mit Deutschland, der schon am 1. Jänner 1873 in Kraft treten soll, approbirt haben werden, die Währungsreform ansetzen.

Am 14. December gelangen in der französischen Nationalversammlung die Petitionen um Auflösung der Assemblée zur Sprache. Nur in der äußersten Linken — den Anhängern Gambetta's — werden dieselben Unterstützung finden, die gemäßigten Linien dürften gegen dieselben eintreten, da, wie vorausgesetzt, das linke Centrum die Politik der Vorsicht billigen wird.

So wird der Uebergang zur Tagesordnung über die Petitionen mit großer Majorität in der Nationalversammlung angenommen werden. Wenn man meint, daß hierdurch die Partei Gambetta's niedergeboren wird, irrt man; sie muß getödtet aus dieser Affaire hervorgehen, da sie allein den Wänden des Landes Rechnung trägt.

Die Frage der partheilichen Erneuerung der Nationalversammlung wird übrigens bald wieder zur Sprache kommen. Wie telegraphisch gemeldet wird, hat die Dufaure-Kommission beschlossen, einen dahingehenden Antrag in Beratung zu ziehen, und das beweist, daß die maßhaltigen Auflösungspetitionen nicht ohne Eindruck selbst auf die Kommission geblieben sind.

Uebrigens haben die republikanischen Parteien ihren Zweck erreicht. Das Schlagwort von der Auflösung ist erdichtet und läßt sich nicht mehr widerrufen. Die Petitionsbewegung wird sich nicht eintämmen lassen und das Land über die wahren Gegner seiner Entwicklung und seiner Freiheit genügend belehren.

Der Dreißigstagesbericht am 11. d. seine dritte Sitzung. Der Vorsitzende, Herr v. Karcy, verlas folgendes, ihm von dem Präsidenten der Republik zugegangenes Schreiben:

Paris, 11. December.

Mein Herr! Ich habe das Schreiben erhalten, mit welchem Sie mich im Namen der Kommission zur Prüfung der auf die Befugnisse der öffentlichen Gewalt und auf die Bedingungen der Ministerverantwortlichkeit bezüglichen Fragen beehrt haben.

Die Regierung ist nicht der Ansicht gewesen, daß sie mit der von Ihnen präparirten Kommission in Verbindung treten und sich beraten wolle, um, wenn möglich, zu gemeinschaftlichen Anträgen zu gelangen.

Ich kann Ihnen also sagen, daß der Herr Abgeordnete und ich nicht bereit sein würden, sei es auf Ihren Ruf, sei es selbst aus eigenem Antriebe, in der Kommission so oft zu erscheinen, als nöthig sein wird, um zu der besten Lösung der jetzt vorliegenden Fragen zu gelangen.

Was einen schon förmlich ausgearbeiteten Gesetzentwurf betrifft, so hat die Regierung Ihnen einen solchen noch nicht zu überreichen; sie hatte in ihrer Vorsicht lediglich die Anwesenheit der Kammer auf die Gegenstände lenken wollen, welche die öffentliche Meinung beschäftigen, dabei aber der Initiative des Hauses überlassen, neue Vorschläge zu machen.

Sie behält sich nichts desto weniger, wenn wider Erwarten eine Verständigung mit dem Ausgange nicht erzielt werden sollte, die Formulierung und Vorlage eines Gesetzentwurfs vor; aber es scheint ihr unmöglich, einen Text festzustellen, der Ihre eigenen Ideen vollständig festgelegt hat, und sich darauf zu beschränken, die Ihnen präparirten Kommission besprochen hat; unter diesen Umständen kann sie für heute nichts Anderes thun, als sich Ihnen zur Verfügung stellen, um an der wichtigen Arbeit mitzuwirken, welche die Nationalversammlung Ihnen anvertraut hat.

Empfangen Sie etc. A. Thiers.

Am 11. December verfaßte die spanische Regierung ein offizielles Telegramm, daß die öffentliche Ordnung in Castilien begriffen sei — und einen Tag später werden wir von der Hauptstadt übertrafen, daß im Herzen Spaniens, in Madrid selbst, ein bewaffneter Aufstand von unläugbarer Bedeutung ausgebrochen sei.

Wie gewöhnlich, weiß die spanische Regierung nicht von wem die ganze Bewegung ausgeht, und steht sich darauf an, zu warten, bis Jemand die Urheberchaft für sich reklamirt. Solange Zustände können nicht von langer Dauer sein. Das karibische Joch hat sich seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt — woher aber Gines nehmen, welches sich länger erweist?

Aus dem ungarischen Reichstage. Pest, 16. December. Die heutige Sitzung des Unterhauses wurde vom Vizepräsidenten Béla Hetyey um 10 Uhr eröffnet.

Nach Eröffnung der Session stellte Alexander Komán zwei Interpellationen. Die erste war an den Minister des Innern gerichtet und fragte Komán, weshalb der Minister in der jüngsten Sitzung die Lebensversicherung, wo die Diphtherie (Cuma, Halesp), herrscht, nicht mehrere intelligente Aerzte sendet? Der einzige dort hin gesendete Arzt genügt nicht; er kann die eine jenen Distrikte nicht nach 3—4 Tagen besuchen und sind z. B. in der Distrikte Bélas, welche 2600 Einwohner zählt, binnen 5 Monaten 235 Individuen an der Diphtherie gestorben.

Die zweite seiner Interpellationen war an den Justizminister gerichtet und fragte Komán, ob der Minister wisse, daß der Schatzkanzler so sehr Frau v. Stein den Vorschlag zur Fortsetzung dränge, gleich mit dem zweiten Acte nur langsam. Am 12. d. M. früh um 12 Uhr wurde er von der Freundin: „Mein Taffi dauert mich sehr; er liegt auf dem Pulse und frist mich so freundlich an, aber wie will ich gehen! Ich muß mich allen meinen Weizen unter das Kommando baden.“ — Er spricht hier auf die ihm so lästigen Schicksale an, die er als zweimaliger Geheimrath in der Regierungskommission hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Notizen. (Zwei verfunken Häuser.) Man schreibt aus Götz: Wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, sind am 12. d. M. früh um 12 Uhr bei Wippach zwei Häuser verfunken und mit deren Bewohnern spurlos verschwunden.

Die aus der dortigen Gegend hier zum Markte eingetroffenen Geschäftsleute erzählen den Sachverhalt folgendenmaßen: Als sie am 11. d. M. Abends die Unglücksstätte passirten, standen die beiden Häuser noch aufrecht, die Fenster waren beleuchtet, und im Innern derselben herrschte reges Leben.

Als die nämlichen Personen gestern früh auf der Reise nach Götz diese Stelle passirten, bemerkten sie einen mit Steinen, Geröll und liegenden Häusern umgebenen Krater, welcher ein Bild größlicher Zerstörung darbot. Anfangs konnten sie sich vor Schrecken nicht orientiren, erst später, durch die in einiger Entfernung von jenen Häusern stehengebliebenen Bäume aufmerksam gemacht, bemerkten sie, daß an der Stelle des Kraters die zwei nun verschwundenen Häuser gestanden hatten.

Voll Schrecken begaben sie sich in die nächste Dörfler und machten von dem Vorfalle die Anzeige, damit die Rettungsarbeiten zur Abführung der verschwundenen Bewohner eingeleitet werden konnten, was auch sozuleich geschah; leider waren bis jetzt alle Anstrengungen vergeblich, und ist noch kein den verfunkenen Häusern angehöriger Bewohner aufgefunden worden, somit scheint fast gewiß, daß sie von der Katastrophe übertrifft, sämtlich ihren Untergang gefunden haben.

Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt, und es macht dieser Fall hier vieles Aufsehen. Die Ursache des Verschwindens dieser Häuser

Gerichtshof im Prozesse zwischen den Grafen Joseph und Franz Haller, als es sich bloß um die sicherstellungswürdige Pfändung eines Gutstheiles des Grafen Franz Haller handelte, die betreffenden Beamten und Diener ohne Kündigung vor die Thür setzte? ob er wisse, daß auch Graf Franz Haller und dessen Familie gewaltthätig delinquirt wurde? aus welchem Grunde der Minister das Gesetz des Grafen Franz Haller um Delegation eines anderen Gerichtes seit Monaten unvollständig liegen läßt, so daß Graf Franz Haller noch immer der Willkür des Schatzkanzlers ausgesetzt ist? endlich, was der Minister zu thun gedenkt, damit jedem berechtigten, die ungarische Reichsregierung kompromittirenden Verfahren künftig vorgebeugt werde?

Adam Lázár interpellirte die Minister des Innern und der Finanzen, ob sie von seiner am 3. April l. J. gestellten Interpellation wegen Abänderung des Libalgesetzes in Siebenbürgen Kenntnis haben, und ob sie die in dieser Angelegenheit erforderlichen Verfügungen bald treffen wollen?

Sämtliche Interpellationen werden den betreffenden Ministern schriftlich zugeestellt werden.

Anton Molnár legte von Seite der Petitionskommission die Berichte derselben über die in der 9. Serie enthaltenen Gesuche vor. — Es wurden für die nächste Samstagsitzung auf die Tagesordnung gestellt. Das Budget des Hauses für den Monat Dezember wurde mit 79,119 fl. ohne Bemerkung votirt.

Der Tagesordnung gemäß erfolgte dann die dritte Lesung des Gesetzentwurfes über die Fortführung des Staatshaushaltes im ersten Quartale 1873. Der Gesetzentwurf wurde definitiv angenommen und wird dem Oberhause zugeföhrt werden, zu welchem Zwecke der betreffende Protokollentwurf sofort anzuwenden wird.

Nächstfolgender Beratungsgegenstand war der Gesetzentwurf über das Anleihen von 54 Millionen, wobei Koloman Széll als Berichterstatter der Zentralcommission fungirte. Er hat es nicht für richtig, die allgemeine finanzielle Lage des Landes jetzt zu erörtern, wo das Haus ohnehin demnächst an die Budgetberatung gehen wird.

Es handelte sich diesmal nur um zwei Fragen, deren erste darin besteht, ob die Kontraktur dieses Anlehens unbedingt notwendig sei? Diese Frage wird durch die Verwendungsbestimmung der zu beschaffenden Summe beantwortet. Teilweise sollen durch das Anleihen gedeckt werden die aus dem Kassensolde der Jahre 1870 und 1872 stammende schwebende Staatsschuld mit 11,711,680 fl.; die Kreduliste von 1872 im Betrage von 20,116,274 fl.; die für 1872 votirten Nachtragkredite von 1,236,991 fl., wobei besonders die Entschuldung der Lössen und der Klausenburger Universitäts an's Gewicht fällt; endlich das im Extra-Dominarium für 1873 präsumirte Defizit von 25,815,583 fl., zusammen 58,880,945 fl.

Von dieser Summe sollen 14—15 Millionen durch Verwertung von Staatsvermögen, der Rest durch das projektirte jandrische Anleihen gedeckt werden. Es kann also nicht in Frage gestellt werden, daß die Kontraktur des Anlehens notwendig ist.

Pau Molnár erklärte und heraus, er könne die Finanzwirtschaft des jetzigen Kabinetts ebensowenig billigen, wie jene des früheren Kabinetts, da ja auch jetzt dieselben Minister am Werke sind, die früher die Finanzen des Landes verwalten. Was das projektirte Anleihen betrifft, so kann er die Bedingungen derselben nicht als günstig für den Staat verachten. Daß das Anleihen zum größten Theile zur Deckung der aus den früheren Jahren stammenden Rücklagen und zum kleineren Theile zur Deckung des nächstjährigen Defizits verwendet werden soll, ist von keinem Gewicht und wenn man schon jetzt für die Deckung des nächstjährigen Budgets ein Anleihen votirt, so greift man den Beschäftigten der künftigen Budgetperiode vor. Jedemfalls sollte man erst das Budget feststellen und dann für die Deckung des Defizits sorgen.

Damit übrigens dem Finanzminister noch einmal die Gelegenheit geboten werde, die finanziellen Verhältnisse des Landes zu tangiren, nimmt er den vorliegenden Gesetzentwurf an, doch müsse er den Minister auf einige Bedenken aufmerksam machen, die selbst als Gründe von Gewicht sind. Es heißt nämlich, daß die Regierung die Staatsbahnen und das Tabakmonopol zu verpachten beabsichtige. Beide Verpachtungen nach der Ansicht des Redners für den Staat von großem Nachtheile. Wenn gleich die Einnahmevermehrungen in den letzten Jahren gering waren, können sie sich doch in den künftigen Jahren heben und würde dieser Vortheil dem Staate dann einbringen. Die Verpachtung des Tabakmonopols aber können die Käufe des Volkes vermindern, ohne daß die Regierung dann im Stande wäre, dies zu verhindern, oder auch nur das Vorgehen der Verpächter zu kontrolliren. — Redner schließt mit der wiederholten Erklärung, daß er den Gesetzentwurf als Basis für die Budgetberatung annehme. (Beifall links.)

Finanzminister Kerkapoly hält die Zeit nicht für geeignet, um seine gesammte Finanzverwaltung, gegen welche der Redner sozulegen zu verpöbeln. Er will nur auf einige Punkte rekurriren. Daß die Bankfrage noch nicht erledigt ist, daran ist nicht zu zweifeln, denn er habe sein Möglichstes gethan, um der Creditkrise abzuhelfen. Nicht Mangel an Kapitalismus, sondern heftiger Eifer für die Interessen des Vaterlandes haben ihn bewegen, bedächtig vorzugehen. An die Verpachtung des Tabakmonopols habe er nie gedacht, davon sei nur unter der vorigen Regierung der Rede gewesen. Bezüglich der Eisenbahnen erklärt der Redner sich offen und ungeschwiegen für die Staatsbahnen. Er votirt das Haus, den Gesetzentwurf anzunehmen, da derselbe nichts Ueberflüssiges verleihe, sondern das Nothwendige zur Fortführung des Staatshaushaltes.

Mag wohl das dreimonatliche Regeneriren sein; diese Häuser standen, wie dies am Karst und Kalkgebirge häufig vorkommt, auf überdeckten Felshaupten oder Höhlen, deren nicht allzu feste Decke, von den starken Regenschüssen durchdrungen, dem Drucke und der Schwere nicht mehr widerstand, und einbrechende Häuser und Menschen verfiel.

(Die neuesten Entdeckungen.) Ein Schweizer Blatt, der „Progres“, erzählt, daß ein geistlicher Kolporteur seit Wochen die Dörfer des katholischen Bistums Jura's durchziehe. Er verkauft zierliche kleine Papierbogen mit durchbrochenem Rande. Auf denselben ist zu lesen: „Eintrittsbillete in den Himmel,

erworben durch die göttliche Schuld der Sünden.“ Um ein Kreuz in der Mitte heißt es: „Keiner wird gekrönt, der nicht den guten Kampf gekämpft hat. Ich bin dabei! O Maria hilf mir! Preis 50 Centimes.“ Bei Details, päpstlicher Buchhändler, 274 Rue Garanciere 15, Paris. Wenn man das sieht und liest, bemerkt der „Progres“, so läßt sich doch nicht mehr sagen, daß die Herren Geistlichen nichts Neues erfinden können. Von nun an bedarf es weder der Kasseien, noch besonderer Frömmigkeit. Für die bescheidenen Summe von 50 Centimes kommt man mit Sant Peter ins Himmels. Die neue Erfindung ist aber noch einiger Vervollkommenung fähig. Eintrittsbillete haben wir jetzt; aber wenn die Konfession ein Bischen nachhilft, werden wir bald solche für einen ersten oder zweiten Platz haben, mit entsprechender Preisvertheilung.

(Ein Wink für die Jesuiten.) Dem „Ueberland-China-Mail“ zufolge hat die japanische Regierung den im Dezember 1871 aus ihren Dörfern verbannten Christen erlaubt, in dieselben zurückzukehren. Sie will aber keine Jesuiten mehr unter ihnen dulden. Die Leute sollten fortan die Staatsreligion achten und sich nicht im Namen einer ausländischen Religion, fremden Priestern gehorchen, rebellisch benehmen. Sie genöthe Religionsfreiheit, wolle aber aufdringliche Proselytenmacherei nicht dulden.

Ignaz Helfi bringt im Namen der 1848er Partei den Beschluß an, es möge dem Ministerium, durch dessen schlechte Finanzwirtschaft das Land immer tiefer in Schulden sinkt, das Recht zur Kontraktur eines neuen Anlehens nicht gewährt werden. Der Linken wird Kerkapoly Inconsequenz vor, weil sie die Indemnität verweigert und das Anleihen bewilligt, während beide Forderungen nur ein Vertrauensvotum für die Regierung seien. Er selbst würde sich des größten Reichthums annehmen, wenn er den vorliegenden Gesetzentwurf annehmen. Zudem sei das Anleihen sehr theuer, und der Referent habe sehr unrichtig behauptet, es werde nur mit 5 Prozent verzinst, indem er den nominalen mit dem Effektivwert verwechselte.

Koloman Széll weist die Behauptung des Vorredners zurück und weist aus dem Texte der Motivation nach, daß er nur den nominalen Werth des Anlehens meinen konnte. Uebrigens könne man bei der jetzigen Lage des Geldmarktes sehr schwer wohlfeileres Geld bekommen.

Helfi rectificirt seine Äußerung. Finanzminister Kerkapoly erwidert auf den Vorwurf Helfi's, daß er bei Kontraktur des Anlehens die freie Konkurrenz ausschließe, er habe kein einziges regulirtes Offert bekommen, wohl aber unzulässige Briefe, die jeden Tag andere Bedingungen enthielten und welche er nicht berücksichtigen konnte.

Alexander Csánady stimmt für den Helfi'schen Beschlußantrag, weil kein Deputirter seinen Wählern in der Programmrede die Beschuldigung der Steuern und Lössen verprochen hat.

Koloman Tiba verweist sich und seine Partei gegen den Vorwurf, als hätten sie eine Inconsequenz begangen; die Bewilligung der Indemnität sei eine Vertrauensfrage, nicht aber die Bewilligung des Anlehens, welche zur Deckung der vom Staate eingegangenen Verpflichtungen dient. Daß man den Wählern keine Beschuldigung der Lössen verpöbel, sei wohl wahr, doch würde er lähn vor jeder Wählerfrage des Landes erklären, er habe diese oder jene Summe bewilligt, damit im Staatshaushalte keine Stockung entstehe. Mit den Ausnahmestellungen des Finanzministers ist Redner nicht einverstanden, ja er ist von der ganzen Finanzwirtschaft nicht befriedigt. Darum bringt er den Beschlußantrag ein, das Haus möge die Anleihe bewilligen, jedoch die Finanzkommission beauftragen, beim Vertheil über das Budget eine strenge Kritik über die Finanzverwaltung der Regierung einzulegen.

Finanzminister Kerkapoly findet den Antrag Tiba's vollständig überflüssig, da, was er verlangt, ohnehin die Pflicht der Finanzkommission sei.

Die Debatte wird hierauf einige Minuten unterbrochen, weil der Schriftführer des Oberhauses, Baron Pónay, den Protokollentwurf über die vom Oberhause angenommenen Gesetzentwürfe: Postvertrag mit Montenegro und Bewilligung des Meerescongresses überreicht.

Wird zur Kenntnis genommen; die Gesetze werden dem Könige zur Sanctation unterbreitet werden.

Finanzminister Kerkapoly findet den Antrag Tiba's vollständig überflüssig, da, was er verlangt, ohnehin die Pflicht der Finanzkommission sei.

Die Debatte wird hierauf einige Minuten unterbrochen, weil der Schriftführer des Oberhauses, Baron Pónay, den Protokollentwurf über die vom Oberhause angenommenen Gesetzentwürfe: Postvertrag mit Montenegro und Bewilligung des Meerescongresses überreicht.

Wird zur Kenntnis genommen; die Gesetze werden dem Könige zur Sanctation unterbreitet werden.

A. Szentimrey spricht unter großer Antheilnahme des Hauses für den Antrag Tiba's.

Baron Anton Balabachy schließt sich in seiner Jungferrede dem Antrage Helfi's an, weil er nicht zugeben könne, daß man das Land immer tiefer in Schulden stürze.

Damit schließt die Sitzung um halb 3 Uhr, trotzdem Patay Bäckl seit einer halben Stunde den Präsidenten interpellirt und das Haus alarmirt, daß sein demokratischer Wagen längt den Schluß der Sitzung beantragt.

In der um 12 Uhr 45 Minuten eröffneten halbständigen Sitzung des Oberhauses wurde durch Joan Tomdor, Schriftführer des Abgeordnetenhauses, der angenommene Gesetzentwurf über die Indemnität überreicht. Der Gesetzentwurf über die 1873 r. Revision wurde ohne Debatte angenommen und hierauf das Protokoll der heutigen Sitzung anzuheften.

Sitzungen der sächsischen Nationaluniversität. Hermannstadt, 18. December.

Vorsitzender der Comès Moriz Conrad eröffnet die heutige Sitzung um 9 1/2 Uhr Vormittags.

Das Protokoll über die Sitzung vom 16. l. M. wird nach einer Bemerkung Brudner's und Macclariu's verliest.

Präsident ent schließt vor, es möge nach dem nun jährigen Brauche beschlossen werden, im Herbst darauf, daß von nun an bis zum Schluß der Session täglich und manchmal täglich auch zweimal Sitzungen gehalten werden sollen, der Universitätsrath, welcher zugleich Abgeordneter ist, das Protokoll fortlaufend nicht fertig machen könne, die Verlautbarung der ständigen Protokolle durch die in Hermannstadt anwesigen Deputirten nachträglich vorgenommen werden. — Wird angenommen.

H. v. Wagner reicht einen Dringlichkeitsantrag ein, des Inhaltes, es möge die in der vorigen Sitzung beschlossene Repräsentation an den Minister des Innern ins Ungarische überreicht, die Authentizität der Uebersetzung durch eine Deiter-Kommission geprüft, die Repräsentation jedoch in 800 Exemplaren in Druck gelegt werden. Weiter sei an sämtliche sächsische Reichstagsabgeordnete eine Liste zu richten mit dem Gesuchen, die in der Repräsentation enthaltenen Grundzüge bei der Regierung und in Abgeordnetenkreisen zu unterstützen; ein sächsischer Abgeordneter werde mittels Listenscheine geben, die ihm zuzuschickenden 500 Exemplare zu vertheilen; endlich werde an alle Municipien des ungarischen Reiches eine Liste gerichtet, mit dem Gesuchen, die in der Sitzung vom 16. December l. J. beschlossene Repräsentation zu unterstützen.

Der Antrag wird zu Protokoll gegeben und seinertzeit zur Verhandlung gebracht werden.

Brudner berichtet über eine Vorstellung des Talamatischer Kreisinspektors, worin um einen Beitrag zum Baue einer Brücke über den Anhalt bei Talamatisch gebeten wird.

Der Ausschuss kann in die Bewilligung des beanpruchten Beitrages von mehr als 6000 fl. nicht einstimmen und beantragt, es möge ausgesprochen werden, die National-Universitätsräthe im Prinzipie sich nur dann bereit erklären, außer dem auf sie gesetzlich entfallenden Kontingenzbeitrage noch einen weiteren Beitrag zu bewilligen, wenn auch die kontingenzpflichtigen Gemeinden ein verhältnismäßig größeres Kontingent beizutragen sich verpflichten würden.

Fleischer beantragt nach eingehender Beleuchtung der Sache, es mögen 3500 fl. zur Herstellung der Brücke bewilligt, oder im Abrechnungsfall eine Kommission an Ort und Stelle entsendet werden, welche nach gründlicher Erhebung ihren Bericht erstatten solle, wie die Angelegenheit in gültigem Wege ausgegangen werden könne.

Schneider bekämpft die alternativen Anträge des Vorredners und wünscht die Angelegenheit im ordentlichen Wege nach dem bestehenden Kontingenznormale austragen zu lassen; er wolle weder den betreffenden Gemeinden wehe thun, indem die Siebenbürgerklasse weniger beitragen könne, als sie beizutragen verpflichtet ist, noch wolle er, daß Letztere mehr beitragen soll, als sie beizutragen gesetzlich verpflichtet ist.

Ueber Verlangen Macclariu's wird der Bericht des Kreisinspektors ratet aufgegeben.

Nachdem dieses geschah, beschwor Macclariu den Antrag Fleischer's auf Bewilligung eines Beitrages von 3500 fl.

Es del wünscht vom Referenten Aufschluß darüber, ob die Siebenbürgerklasse überhaupt zu einem Beitrage verpflichtet ist und wenn ja, in welchem Verhältnisse?

Referent in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.

Schönaia in der Lage zu stehen zu ertheile Fleischer's einigebildete Siebenbürgerklasse ein Referent Schönaia Bei heronommen.







